



Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Fachgespräch „Extremismus an Schulen“

27. Juni 2023

09:30 Uhr bis 12:30 Uhr, Cottbus (Messezentrum)

Grußwort von **Bildungsminister Steffen Freiberg** zur Eröffnung

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Politik,
sehr geehrter Herr Müller,
sehr geehrter Herr Roos,
sehr geehrter Herr Klein,
sehr geehrter Herr Dannemann,

herzlich willkommen zum heutigen Fachgespräch, dem vierten in diesem hybriden Format. Ich freue mich sehr, dass Sie unserer Einladung so zahlreich gefolgt sind und ich begrüße alle sehr herzlich: die an unserer demokratischen Kultur Interessierten hier im Saal, aber auch die digital zugeschalteten Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Nach Fachgesprächen zu Deutsch, Mathematik und Digitalisierung widmen wir uns heute einem weiteren drängenden, übergreifenden Thema, das die Lehrkräfte und Schulen in Brandenburg bewegt. Wir widmen uns der Frage, wie demokratiefeindlichen Tendenzen und extremistischen Einstellungen an Brandenburger Schulen zu begegnen ist. Nicht nur Vorfälle aus jüngster Zeit, die aufgerüttelt und mich tief erschüttert haben, geben dazu Anlass.

Das Auftreten antidemokratischer Haltungen und extremistischen Einstellungen an Schulen ist kein neues Problem. Wir wissen, dass es diese Herausforderung gibt. Niemand redet das weg und das geht auch nicht einfach so weg. Eine kontinuierliche, tiefgreifende Auseinandersetzung damit ist deshalb von großer Bedeutung. Wir müssen einander immer wieder ermutigen und darin bestärken, extremistischen Ideen entschieden entgegenzutreten und klare rote Linien zu ziehen.

Vor allem muss klar gesagt werden: Das ist ein Thema an Schulen. Ja. Selbstverständlich. Und dem stellen wir uns. Aber: Das ist kein Schul-Thema allein. Extremismus und seine verschiedenen Erscheinungsformen sind in Deutschland ein andauernd relevantes Thema.

Die größte Bedrohung für unsere Demokratie stellt dabei unverändert der Rechtsextremismus dar. Das hat die Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 2022 in der letzten Woche noch einmal gezeigt. Und auch mit dem Blick auf Brandenburg hat Ministerpräsident Woidke am vergangenen Mittwoch im Landtag in aller Deutlichkeit gesagt: Rechtsextremismus und Rassismus sind „die größte Gefahr für die Entwicklung unseres Landes.“ Seinen Aufruf zu einem Schulterschluss der Demokraten möchte ich hier noch einmal untermauern: Wir müssen gemeinsam für eine weltoffene, tolerante und demokratische Gesellschaft eintreten.

Bildung und die Institution Schule spielen dabei eine wichtige Rolle. Gesellschaftliche Entwicklungen wirken in die Schule hinein, sie treten hier genauso wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen auf: Schule ist ein Spiegel der Gesellschaft. Aber nicht nur das. Schule kann gesellschaftliche Verhältnisse auch mitprägen oder zum Teil verändern. Sie ist nicht nur Ort des Wissenserwerbs, sondern auch zentraler Ort der Sozialisation, an dem junge Menschen ihre Werte und Überzeugungen formen.

Demokratie fällt nicht vom Himmel. Sie ist keine Gottesgnade, sie ist menschengemacht. Sie muss eingeübt, gelernt, gelebt und auch verteidigt werden.

Wesentliches Ziel schulischer Bildung und Erziehung ist es, die Schülerinnen und Schüler auf der Basis demokratischer Werte zur selbstbestimmten gesellschaftlichen Teilhabe zu befähigen. Dies schließt insbesondere die Erziehung zu Toleranz und zum friedlichen Miteinander ein. Die Bildungsarbeit in den Schulen steht im Zeichen der Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, des Grundgesetzes und der Landesverfassung.

Schulleitungen und Lehrkräfte sind entsprechend aufgefordert, diese Werte in allen Unterrichtsfächern und im Schulleben zu vermitteln und dafür einzustehen. Das Ministerium unterstützt Lehrerinnen und Lehrer dabei auf vielfache Weise. Der 5-Punkte-Plan „Stärkung der politischen Bildung an Brandenburger Schulen“ beispielsweise legt hier wichtige Grundlagen.

Vor allem die Demokratieförderung soll als gemeinsame Aufgabe für Schulen ausgebaut und ein Fokus auf die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen gelegt werden. Den Schulen wird dabei die Möglichkeit geboten, mehr als 380 außerschulische Lernorte in Brandenburg, Berlin und Polen zu nutzen. Schulen sollten ein Umfeld sein, in dem Schülerinnen und Schüler ihre demokratischen Rechte und Pflichten kennenlernen und ausüben können. Dies kann beispielsweise in den Schülervertretungen oder durch partizipative Unterrichtsgestaltung geschehen.

Entscheidend sind dabei – das wird heute sicher noch mehrfach deutlich werden, Sie, liebe Lehrerinnen und Lehrer. Sie sind Rollenvorbilder, Sie bieten Orientierung, Sie haben Einfluss.

Deshalb mein Appell an Sie: Nutzen Sie Ihre Funktion, scheuen Sie sich nicht zu handeln. Melden Sie Vorfälle und holen Sie sich Hilfe. Die Verantwortung, die Sie tragen, ist groß. Deshalb brauchen Sie unkompliziert wirksame Unterstützung. Und die gibt es. Vielfach.

Drei Schritte sind hier entscheidend.

Der erste Schritt ist, eine Sensibilität für demokratiefeindliche Tendenzen zu entwickeln, diese zu erkennen und klar zu benennen. Das gilt übrigens genauso bei Gewalt, Mobbing und Missbrauch. Mit Blick auf das heutige Thema heißt das: Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und die gesamte Schulgemeinschaft müssen wissen, was Extremismus ist und wie er sich äußert. Aufklärung und Wissensvermittlung sind hier das A und O.

Nur wer über Erscheinungsformen, Strategien, Ideologien und Symbole Bescheid weiß, kann sich solchen Tendenzen frühzeitig in den Weg stellen. Auch muss klar sein, dass sich rassistische oder homophobe Einstellungen nicht mehr alleine an den Rändern finden, sondern durchaus wieder den Weg in die Mitte der Gesellschaft gefunden haben.

Zweitens: Schulische Vorfälle, die Grenzüberschreitungen darstellen, erfordern eine angemessene Reaktion. Die Aufgabe, sofort und unmittelbar zu reagieren, liegt bei den Lehrkräften und Schulleitungen. Sie sind es auch, die die Schülerinnen und Schüler gut kennen und die Situationen entsprechend bewerten und im Einzelnen betrachten können. Handelt es sich um Provokationen oder um verfestigte Einstellungen und Wertemuster? Wir sprechen hier – das muss man sich in Erinnerung rufen – von Kindern und Jugendlichen. Der Reifegrad, die Phase der Adoleszenz, spielt hier eine Rolle.

Jeder Fall muss konkret angeschaut werden. Klar ist aber auch: Die Räume des Sagbaren dürfen sich nicht weiten. Jede Form von antisemitischen, fremdenfeindlichen, homophoben oder anderen extremistischen Äußerungen, die der verfassungsrechtlich garantierten Achtung der Menschenwürde entgegenstehen, erfordern eine Reaktion. Nicht zuletzt muss – das möchte ich besonders betonen – in jedem Fall auch die Betroffenenperspektive in den Blick genommen und den Betroffenen beigestanden werden.

Das „**Rundschreiben 9/21**“ vom 22. Juni 2021 legt die Grundlage für rechtssicheres Handeln an den Schulen. Im Titel sind die drei Schritte für ein „**Angst- und gewaltfreies Leben und Lernen in der Schule**“ schon enthalten: „**Hinsehen-Handeln-Helfen**“. Das ist die Leitlinie.

Darüber hinaus gibt das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport kontinuierlich Fachmaterialien für Lehrkräfte heraus und bietet den Schulen ein vielseitiges Informationsangebot. Hier ein kleiner Einblick:

Zum neuen Schuljahr wird eine praxisnahe Hilfestellung veröffentlicht. Das Ziel dieser Broschüre ist es, praktische Unterstützung zu bieten, um sicher und rechtlich korrekt auf Fragen und Herausforderungen im Umgang mit Extremismus und Gewalt zu reagieren. Wir stellen heute erstmals eine Entwurfsfassung vor. Gerne möchten wir Rückmeldungen aus den Schulen erhalten, um das Dokument weiterzuentwickeln.

Das Landesinstitut für Schule und Medien (LISUM) hat in Zusammenarbeit mit der Universität Trier in diesem Jahr ebenfalls eine neue Handreichung herausgebracht: Und zwar für das übergreifende Thema Demokratiebildung. Das LISUM bietet Lehrkräften außerdem entsprechende Seminarreihen sowie Online-Seminare an. Die Möglichkeiten, sich zu informieren und zu schulen, sind also groß. Und trotzdem stellt jeder Vorfall eine neue Herausforderung dar.

Und damit komme ich zum **dritten wichtigen Punkt**: Es sind zwar die Lehrkräfte, die auf die jeweiligen Situationen zuerst reagieren müssen. Aber: sie sind nicht alleine. Sie müssen – und können – das Problem nicht alleine lösen. Hinter ihnen steht ein breit aufgestelltes Beratungs- und Unterstützungssystem sowohl aus staatlichen als auch zivilgesellschaftlichen Trägern. Sie alle – wir alle – tragen zusammen die Verantwortung und wir stärken einander den Rücken. Die Zusammenarbeit mit Schulsozialarbeitern, Beratungsstellen, der Polizei und anderen relevanten Akteuren ist entscheidend – das gemeinsame Handeln ist entscheidend.

Der „Markt der Möglichkeiten“, der das heutige Fachgespräch rahmt, führt das ganz konkret vor Augen. Wichtige Akteure im Bereich der Extremismusprävention und -intervention in Brandenburg stellen sich hier vor.

Bitte, meine Damen und Herren, nutzen Sie diese Möglichkeit. Schauen Sie sich um! Nutzen Sie die Möglichkeit, sich zu informieren, ins Gespräch zu kommen und sich zu vernetzen.

Allen, die heute hier Auskünfte und Anregungen geben, möchte ich ganz herzlich danken: Dafür, dass Sie die Breite, Vielfalt und damit auch die Stärke der Unterstützungsangebote in Brandenburg demonstrieren und dafür, dass Sie den Schulen zur Seite stehen. Ich schätze die Zusammenarbeit mit Ihnen sehr.

Ein starker Partner in der Demokratiebildung und beim Umgang mit Extremismus-Themen ist die **RAA Brandenburg – Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie**. Sie betreut zum Beispiel das Projekt „**Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage**“, an dem 102 Schulen in Brandenburg teilnehmen.

Auch das **Mobile Beratungsteam von demos** informiert und berät zu Themen wie Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewaltprävention in Brandenburg. Neben Fortbildungen bieten sie auch Moderationen und Begleitungen von Prozessen an. Ich freue mich, dass Markus Klein, Geschäftsführer von demos, heute hier als Gesprächspartner mit dabei ist. Herzlich willkommen!

Die **Abteilung Verfassungsschutz des Ministeriums des Innern und für Kommunales** unterstützt und berät uns intensiv bei der Extremismusprävention in der regionalen Schulaufsicht und den Schulen. Sie bietet auch ein Hinweistelefon für extremistische Aktivitäten an Schulen an. Vielen Dank an Jörg Müller, Leiter des Brandenburgischen Verfassungsschutzes, der heute ein Inputreferat halten wird.

Außerdem möchte ich die **Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg** in der Staatskanzlei des Landes Brandenburg sowie die **Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung** hervorheben. Auch sie unterstützen die Schulen durch ein starkes Beratungsnetzwerk mit Trägern und Einrichtungen. Alfred Roos, Leiter der Koordinierungsstelle, sitzt heute mit auf dem Podium – herzlichen Dank dafür.

Und jetzt möchte ich – bevor ich zum Ende komme – noch einen Ausblick geben, wie das MBS Sie, liebe Lehrerinnen und Lehrer, neben allem bereits Angesprochenen in Zukunft weiter unterstützen wird.

Das **Projekt „Starke Lehrer – starke Schüler“** ist hierauf eine Antwort. Ein erfolgreiches Projekt, das vor dem Abschluss steht. Eigentlich.

Meine Damen und Herren,
das Programm wird ab 2024 in eine dauerhafte Programm-Struktur überführt, die vom MBS finanziell getragen wird. Über das Programm stärkt das Bildungsministerium gezielt Lehrkräfte im Umgang mit antidemokratischen Einstellungen und Positionen. In Fortbildungen und Supervision erhalten sie Unterstützung bei der Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen, antisemitischen und rassistischen Haltungen.

Das aktuelle Projekt wird in Zusammenarbeit mit der Universität Potsdam, der RAA Brandenburg, der Robert-Bosch-Stiftung sowie der Bundeszentrale für politische Bildung durchgeführt. Derzeit nehmen sechs Oberstufenzentren im Land Brandenburg teil. Ab dem Jahr 2024 wird im Programm „Starke Lehrer – starke Schüler“ die zentrale Anlaufstelle für alle Schulformen in den Bereichen Supervision/Coaching, Schulberatung, demokratische Schulentwicklung und Prozessbegleitung am LISUM eingerichtet. Im Rahmen des heutigen Fachtags wird Herr Dannemann von der Universität Potsdam als Projektleiter am Nachmittag weitere Informationen präsentieren.

Wie stark unsere Lehrkräfte und unsere Schülerinnen und Schüler sind, hängt von uns allen ab. Der Umgang mit Extremismus an Schulen ist eine gemeinsame Aufgabe. Es erfordert das Engagement und die Zusammenarbeit aller Beteiligten: Gefordert sind Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, Eltern, Schulverwaltungen, Politikerinnen und Politiker und die Zivilgesellschaft.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass unsere Schulen lebendige Orte des Austauschs, der Solidarität und des Miteinanders sind.

Ich danke allen engagierten Schulleitungen und Lehrkräften, die genau das jeden Tag tun.

Und ich danke für die Aufmerksamkeit.